

Verantwortlicher Redakteur: Dr. D. Köhler in Stettin.

Berleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk., vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Gaalenstein & Bogler, G. A. Damb, Invalidentank. Berlin: Bernh. Kram, Max Gerstmann, Eberfeld & Thiem, Greifswald G. Jüles, Halle a. S. Jul. Ward & Co. Hamburg: Joh. Nordhoff, A. Steiner, William Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geim. Giesler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Der Marineetat.

In der Budgetkommission des Reichstages nahm gestern Nachmittag in der fortgesetzten Beratung des Marineetats wieder Referent Dr. Lieber das Wort. Er wolle auf die Ausführungen des Staatssekretärs Hollmann nicht näher eingehen, da dieser ja selbst zugegeben habe, daß der Flottenplan von 1873 vom Reichstage formell niemals genehmigt worden sei. Die Substitution der Panzer W und X sei willkürlich und schreie eine erhebliche Vertheuerung in sich. Die Denkschrift von 1873 habe keinen Quasi-Offenstreich ins Auge gefaßt, das müsse Herr Dr. Hammacher gegenüber bemerken. 1867 habe man allerdings an eine große Erweiterung der Offensivflotte gedacht, aber 1873 nicht mehr. Nach den großen Siegen von 1870/71 sei man etwas besonnener geworden, wie das immer nach großen Erfolgen der Fall sei. Wie dachte sich Herr Dr. Hammacher die Erledigung der Deckungsfrage. Es wäre ihm lieb, hierüber in bindender Form eine Antwort zu erhalten. Auch hierüber müsse klarer sein eingeschätzt werden. Wie wolle man das dem Volke planmäßig und schmackhaft machen? Abg. Richter bestritt, das Verhältnis des Staatssekretärs der Marine zum Admiralstab unrichtig beurteilt zu haben. Er habe sich die betreffende Aussage des Admirals Hollmann sofort notirt. Der frühere Chef des Admiralstabes von Tirpitz, der allerdings mittlerweile eine andere Verwendung gefunden, habe seiner Zeit nur drei Kreuzer verlangt, womit das Marine-Mut nicht einverstanden gewesen sei. Heute werden fünf Kreuzer gefordert. Erklärungen nach der persönlichen Seite hin könne man niemals besonderen Glauben schenken. Das bedeute kein persönliches Mißtrauen, das liege in der Eigenart der Verwaltungen. Früher habe man dem Abg. Richter und ihm von konservativer Seite einmal den Vorwurf gemacht, daß sie in ihren Forderungen für die Marine zu weit gingen. Jetzt halte er aber die Marine schon für zu weit entwickelt, daher seine sachliche Opposition gegen die Flottenpläne. Man dürfe ihn aber deshalb nicht zum ausgeprochenen Feind der Marine stempeln, ebenso wenig sei er ein persönlicher Gegner des Admirals Hollmann. Das rasche Tempo müsse allerdings in Erwägung kommen. Bisher habe man nur mit 2 Divisionen mit 8 Panzern gerechnet. Jetzt sollten alle Panzerschiffe erster Klasse sein, auch ein Widerspruch zur Denkschrift von 1873. Schulschiffe habe er niemals als Schlachtschiffe verwandt wissen wollen. Ein Bedarf an Schulschiffen würde überhaupt in absehbarer Zeit nicht eintreten. Mit den Kreuzern erster Klasse trete gerade die „Weltpolitik“ in Erscheinung. Die Denkschrift von 1892 gebe zu solchen Plänen keine Handhabe. Man möge doch einmal die russischen Schiffe mit ihrem Alter nennen, da würde man auch in der russischen Marine manchen „alten Dursch“ erblicken. Aus einer Denkschrift des Herrn von Schölsch herab, daß unsere Flotte vollständig ausreiche zum genügenden Schutz unserer Küsten. Wir stehen jetzt vor dem bewährtesten Flottenplan von 1893 wegen der Militärverträge. So sei auch der gestern angelegte Artikel des „Spectator“ von den Kreisblättern bereits ausgeben worden, um die Damen grüßlich zu machen. Woher zu solcher Agitation das Geld komme, entziehe sich seiner Beurteilung. In der kretischen Frage habe Herr Bismarck in den „Hamburger Nachrichten“ das richtige Wort gesprochen, der Artikel zeige ganz den Stil der Bismarckschen Feder. Diese Art der auswärtigen Politik, die Herr Bismarck verurtheilt, schädige die deutschen Interessen auf das bedenklichste. Er, Richter, habe stets, mit ganz seltenen Ausnahmen, die auswärtige Politik Bismarcks unterlassen können, sei sie namentlich groß in der Entschlossenheit gewesen. Mit Kanonen könne man den Döbel nicht forcieren. Abg. Dr. Vachem: Ich habe nur auf die französische Finanzlage hingewiesen, weil von anderer Seite die französische Flotte fortwährend mit unserer Flotte in Vergleich gestellt wird. Abg. Dr. Hammacher will mit Vachem nicht über die französische Flottenvergrößerung streiten. Der dortige Reichthum werde oft falsch beurteilt. Abg. Richter habe die deutsche Politik im Orient verurtheilt, aber diese Politik werde vom Reichstage gebilligt. Die Sache habe übrigens mit der Flottenfrage nichts zu thun. Dr. Lieber sei auf die früheren Denkschriften zurückgegangen. Aber in der Denkschrift von 1873 sei auch gesagt: Neben den Torpedos bedarf es dann noch schwimmender und Landbatterien, um die lokale Vertheidigung zu stützen und endlich einiger größerer Schiffe (Ausfallschiffe), um unermüdeten Handel die Wege offen zu halten und die Lokale unserer Häfen möglichst zu erweitern. Seine Bewilligungen würden sich stets im Rahmen des Möglichen bewegen, das heißt nach Maßgabe der verfügbaren Mittel. Er engagiere sich nicht auf alle Fälle, wolle vielmehr jede einzelne Forderung getrennt prüfen. Die Erklärungen des Grafen Polakowsky hätten ihn durchaus befriedigt, der Herr Staatssekretär hätte gar nichts Anderes erklären können. Abg. von Bollmar (Sop.): Wenn man hier auch nichts von Weltpolitik wissen wolle, so werde eine solche doch an maßgebender Stelle außerhalb des Parlaments gewünscht. Mit Frankreich dürfe man sich nicht vergleichen. Gerade mit seiner Flotte habe Frankreich sich überall einseitig und viel Unheil angerichtet. Die Sozialdemokraten seien gegen jede chauvinistische Politik, sollte aber unser Vaterland von außen angegriffen werden, so würden sie stets für das Vaterland eintreten. — Hierauf wird die Generaldebatte geschlossen.

Über die politische Lage anläßlich der Marinefragen schreibt die „Nat.-Lib. Korr.“: Dem Vernehmen nach wird die politische Situation in Mitleidenschaft auf die Beratungen des Marineetats als außerordentlich kritisch angesehen. Es besteht an maßgebender Stelle die Ueberzeugung, daß die Forderungen des Etats das gebotene Maß dessen darstellen, was im Interesse der Erhaltung der Flotte gefordert werden müsse. Auf Seiten des Zentrums, dessen Boten den Ausschlag zu geben hat, hat sich bisher noch keine Neigung kundgetan, das geforderte Schlachtschiff oder die beiden Kreuzer anzunehmen. Der Staatssekretär des Reichs, Admiral Hollmann, scheint entschlossen zu sein, von dem Ausgang der Etatsberatungen sein Verbleiben im Amte abhängig zu machen.

Ob es dann bei dieser Veränderung sein Verbleiben haben werde und welche weiteren Folgen sich daraus knüpfen würden, lasse sich vor der Hand nicht übersehen. Wir glauben unsere Leser nicht, daß man die Lage so pessimistisch zu beurtheilen braucht. Die Dienstags-Sitzung hat den Vertretern des Zentrums, das den Ausschlag zu geben hat, vollauf Gelegenheit zur Ansprache gegeben, und trotzdem hat es keine Beschlüsse vorbringen können, die eine Ablehnung ernsthaft begründen. Ferner hat die Sitzung gründlich dafür gesorgt, daß eine Ablehnung der als berechtigt nachgewiesenen Forderungen des Etats sich nicht mehr hinter „angebliche Ueberraschungen“ wegen der vom Reichsmarineminister vorgelegten „Denkschrift“ kühlen kann. Damit ist die Situation geklärt für die zu erwartenden Einzelberatungen und Abstimmungen, die seitens des Zentrums schwerlich so negativ ausfallen werden, wie es zu Beginn der Beratungen den Anschein hatte.

Kleinbahnen.

In dem am 30. September 1896 abgelaufenen 5. Jahre seit dem Inkrafttreten des Kleinbahngesetzes hat dieser Verkehrszweig sich kräftig weiter entwickelt. Die Zahl der sämtlichen Kleinbahnen, welche am 30. September vorigen Jahres ausgeführt oder wenigstens genehmigt waren, betrug 186. Davon entfallen auf die Zeit seit dem Inkrafttreten des erwähnten Gesetzes am 1. Oktober 1892 129 Bahnen und auf das Jahr 1. Oktober 1895 bis dahin 1896 45 Bahnen. Ausgeführt sind im Jahre 1896 33 Bahnen, von denen ein beträchtlicher Theil schon vor dem 1. Oktober 1892 genehmigt war; noch in der Ausführung begriffen waren 53 gegen 41 im Vorjahre. Die weitaus kräftigste Entwicklung weist die Rheinprovinz auf. Hier sind zu den vorhandenen 17 Kleinbahnen nicht weniger als 15 neue hinzugefügt. Erst in weitem Abstande folgt Brandenburg mit 5, Ostpreußen mit 4 Bahnen. Die andern Provinzen weisen je 1—3 neue Bahnen auf.

Das 299. Anträge auf Genehmigung gegenüber 181 im Vorjahre noch anhängig waren, läßt auf eine weitere starke Fortentwicklung schließen. Auch hier steigt die Rheinprovinz mit 53 Prozent an der Spitze; aber es folgen nach Schlesien mit 40, Sachsen mit 35, Hannover mit 32, Westfalen mit 26. Auch in den östlichen Provinzen scheint der Bau gebrochen zu sein. West- und Ostpreußen figuriren mit je 8, Polen mit 16 Bahnen. Von den im letzten Jahre genehmigten Bahnen dienen 11 dem Personen-, 2 dem Güter-, 21 dem Personen- und Güterverkehr. Die letzten 23 Bahnen sind vornehmlich für den industriellen und den landwirtschaftlichen Verkehr.

Während weder im Verhältnis der Voll- zur Schmalspur, noch der verschiedenen Schmalspuren von 0,75 und 0,60 Meter untereinander erhebliche Veränderungen eingetreten sind, ist der Betrieb mit Pferden gegen den mit Maschinenkraft noch weiter zurückgetreten. Die Zahl der Pferdebahnen ist von 46 auf 42 gesunken, wogegen sich die Zahl der Lokomotivbahnen von 74 auf 93, also um 19, die der elektrischen Bahnen von 20 auf 38, also um 18, vermehrt, mithin nahezu verdoppelt hat. Darnach hat sich die Leistungsfähigkeit der Kleinbahnen verhältnismäßig noch mehr gehoben, als ihre Zahl.

Zur Bewegung auf Kreta.

Das „N. W. Tagbl.“ meldet: Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Rußland sind einig darüber, daß sie die Antwort Griechenlands als unbefriedigend erachten; von den anderen Mächten wird dasselbe erwartet. Die neuen Verhandlungen werden darüber geführt, ob als Erwiderung auf die Note Griechenlands ohne weiteres Zwangsmassregeln ergriffen werden sollen. Bei diesen Verhandlungen befragt man weniger Schwierigkeiten durch England als von Seiten Frankreichs, wo die Eöchterungen in der Kammer auf die Aktion der Mächte hemmend wirken dürften. Dennoch herrscht die Ueberzeugung vor, daß die Einigkeit der Mächte aufrecht erhalten bleibt. Allerdings soll das Verbleiben Deutschlands im Konzert der Mächte davon abhängig gemacht sein, daß der Autorität Europas gegenüber dem Orient kein Abbruch geschieht.

Das „Vor. Rnt.“ erzählt: Die Antwortnote der griechischen Regierung wird in London diplomatischen Kreisen als unbefriedigend angesehen und nicht dazu angethan, die Beziehungen zwischen den Mächten und Griechenland zu verbessern. Die ansehnliche Geisteskraft Griechenlands, seine Flotte von Kreta zurückzuführen, dürfte die von den Mächten beschlossenen strengen Zwangsmassnahmen in gewissem Maße mildern. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Mächte die Anwesenheit der griechischen Armee auf Kreta dulden werden. Sobald die Regierungen ihre Ansichten über die Antwort ausgetauscht haben werden, werde die Mitteilung an Griechenland erfolgen, daß die Mächte sofort Massregeln ergreifen werden, um die Ausführung ihrer Beschlüsse zu erzwingen.

Daß man auch in Oesterreich fest entschlossen ist, die Konsequenzen aus dem Ultimatum an Griechenland zu ziehen, beweist folgende Nachricht: Wie die „Pol. Korr.“ meldet, liegt der österreichische Torpedokreuzer „Tiger“ in Pola ausgerüstet und zur Abfahrt bereit, um für den Fall einer Blockade zum österreichisch-ungarischen Geschwader zu stoßen.

Weiter wird aus Graz gemeldet: Ein Bataillon des 87. Infanterie-Regiments in Triest und eine Sanitäts-Abtheilung wurden auf Kriegsfuß gesetzt und sind zur Einschiffung nach Kreta bereit. Ueber die Vertheilung der türkischen und griechischen Truppen auf Kreta bringt die „Polit. Korr.“ einige Angaben, denen wir das Folgende entnehmen: Die aus 16 Bataillonen, 2 Eskadronen, 4 Gebirgsbatterien zu je 6 Geschützen und 1 Festungsartillerie-Kompanie bestehende türkische Besatzung von Kreta ist gegenwärtig in nachstehender Weise dislozirt: In Ranea 4 Bataillone, 3 Gebirgsbatterien, 1/2 Eskadron und 1 Festungsartillerie-Kompanie; in Zulia (Suba) 1/2 Bataillon; in Kifamo 1/2 Bataillon; in Skandanos 1 Bataillon (2 Kompanien desselben sind von den Aufständischen gerannt) und zwei Geschütze; in Methyma 2 1/2 Bataillone, 1 Eskadron und 2 Geschütze; in Kastelli 1/2 Bataillon; in Mosatos 1/2 Bataillon; in Dagton Miron

1/2 Bataillon; in Spiti 1/2 Bataillon; in Pehiadi Kastelli 1/2 Bataillon; in Kermio 1 Bataillon; in Randia 2 1/2 Bataillone, 1/2 Eskadron und 2 Geschütze; in Pyrgos 1/2 Bataillon; in Bukales war 1/2 Bataillon, welches am 19. v. M. von den griechischen Truppen theils gefangen genommen, theils zerstreut wurde. — Die griechische Streitmacht unter dem Kommando des Obersten Vassos setzt sich folgendermaßen zusammen: drei Bataillone, neun Geschütze, eine Genie- und Intendantenabtheilung, im Ganzen rund 3000 Mann, die bei Patania (westlich von Kanea) konzentriert sind. (Nach anderweitigen telegraphischen Meldungen aus Kanea hätte Oberst Vassos gegenüber einem Zeitungsberichterstatter behauptet, daß seine gesamte Streitmacht 4000 Mann betrage, daß er, mit Ausnahme der die europäische Protection genießenden Punkte, die Insel von Ost und West und ihren ganzen Süden erobert, im Namen des Königs Georg fungierende höhere Verwaltungsbeamte eingesetzt habe, und daß die griechischen Truppen für Monate reichlich mit Proviant versehen seien.)

Athen, 9. März. Hier ist man einmütig zu Krieg und Widerstand entschlossen. Der Aufstand in Macebonien wird in großem Maßstabe vorbereitet, und es heißt, die Ausbrüche davon würden sich noch in dieser Woche zeigen. Hierin ist der geheime patriotische Verein „Ehrete Petalria“ nicht unbeträchtlich thätig. Selbst eine Blockade würde nicht verhindern können, daß Griechenland einen Brand in Macebonien entzündet, wenn es zur Verzweiflung getrieben würde.

Randia, 9. März. Von den gestrigen Kämpfen bei Sankt Vlasien sind über 60 Tode und 25 Verwundete in die Stadt gebracht. Heute erfolgte ein neuer Ausfall gegen die Macebonischen bei Gazi, westlich von Randia, wobei die türkischen Truppen und Japhthies sind, die auf die Fluchtgehe der Besatzung noch b. i. Abgang der Drahung gegen eine beträchtliche Zahl der mit Artillerie ausgestatteten Insurgenten kämpften. Die Festung Hierapetra, an der Südküste Kretas, wurde von 5000 Aufständischen unter Korakas nach vergeblicher Aufforderung zur Uebergabe bombardiert, die türkische Besatzung und das dort stationierte italienische Kriegsschiff beschossen die Insurgenten, die sich alsbald zurückzogen.

Aus dem Reiche.

Die Kaiserin Friedrich wird in den ersten Tagen des April zum Sommeraufenthalt auf Schloß Friedrichshof bei Gröden eintreffen. Die Herzogin von Sachsen-Altenburg trifft Mitte dieses Monats zu einer wehrwichtigen Kur in Wiesbaden ein. — Am historischen Gedenkfest im alten Kaiserpalast war gestern von unbekannter Hand den Mäusen Kaiser Wilhelm I. zum Todestage ein sinniges Gedächtnis niedergelegt. Auf dem äußeren Fensterrand lag ein Strauß von Lorbeer und Margueriten. — Das Denkmal der Königin Luise im Tiergarten zu Berlin ist aus Anlaß des heutigen Geburtstages der Königin wieder in sinniger Weise geschmückt. Im Hintergrund des Denkmals ist ein Palmenhain aufgeführt worden. Die Ausschmückung wird diesmal besonders wirkungsvoll werden. Es stehen allein 50 hochstämmige Fichten, 60 mit Wäutchen gerahmte überfärbte Schneeballsträucher, 150 buchtige hochstämmige Rosen und eine große Anzahl Brunns und Kaskaden zur Verfügung. Die Kaskaden sollen dem Palmenhain im Vordergrund des Denkmals eingefügt werden. Die übrigen Palmensträucher sollen das vor dem Denkmal sich ausbreitende Portico schmücken.

Die nächste Umgebung wird mit vielen Hunderten pontischen Kzaken besetzt werden, deren Wäutchenpracht von kleineren Gruppen von Zwölfelewauchen unterbrochen werden soll. Tausende von Blumentöpfen sind schon gestern aus den großen Treibhäusern auf dem Direktionsgrundstück der Thiergartenverwaltung in Charlottenburg nach dem unweit des Denkmals gelegenen Schuppen der Gärtnerei gebracht worden, damit heute früh die Ausschmückung schnell beendet werden kann. — Das Festmahl des Staatssekretärs Dr. v. Stephan, der schon seit einiger Zeit wegen eines Fieberleidens das Zimmer hüten muß, läßt sich noch zu wünschen übrig. In den letzten Nächten ist der Schlaf des Patienten sehr unregelmäßig gewesen, wodurch das Allgemeinbefinden und der Kräftezustand beeinträchtigt worden ist. Indes hegt man keine ernste Besorgnis. — In Hamburg fand kürzlich eine Versammlung der Fischerei-Interessenten Nordwestdeutschlands statt. Von Seiten derselben wurde u. A. einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Verarmung von Fischerei-Interessenten Nordwestdeutschlands spricht sich energisch gegen jeden Zoll auf Fische aller Art im Allgemeinen, sowie auf frische Fische und Erzeugnisse und Zollerhöhung auf gefälschte Fische im Speziellen aus. Sie verwirft denselben als schwer schädigend für unsere Volksernährung und betreibt, daß durch den Zoll für die deutsche Fischerei irgend ein Vortheil entstehen kann. Die Verarmung erklärt solchen Zoll als den Minderer der zahlreichen Fisch-Morituralkosten, Fischränderungen und Fährungs-Verbindungen Nordwestdeutschlands und bittet einen hohen Reichstag, die auf einen Zoll für Fische abzielenden Anträge abzulehnen. Einer kaiserlichen Regierung gegenüber spricht die Versammlung das Vertrauen aus, daß dieselbe derartige, das Allgemeinwohl schädigende Anträge bekämpfen wird.“

In der Montag-Sitzung der ostpreussischen Sanitätskammer wurde folgender Antrag des Grafen von Kiewitz einstimmig angenommen: Die Sanitätskammer erklärt sich gegen jede Herabsetzung des Heidebrenns für Weizen, da das Ausdehnungsverhältnis von 75 Proz. an Mehl zureichend erscheint; auch die Aufstellung von zwei Typen, für feineres und gröberes Weizenmehl ist der kaum durchführbaren Kontrolle wegen nicht zu empfehlen. Eventuell müßte der Deklarationszwang, beständige Zollkontrolle und die Verpflichtung der Mühlen, beide Typen gleichzeitig zur Ausführung zu bringen, durchgeführt werden. — Wie aus Westpreußen gemeldet wird, ist das im Kreise Strasburg gelegene, über 2000 Morgen große Gut Buchenhausen von der Aufstellungs-Kommission angekauft worden.

Deutschland.

Berlin, 10. März. Das Vestecken-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft hat zur Beratung des von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg von ihm eingeforderten Gutachtens über die Frage, ob die Verarmungen des Vereins der Berliner Getreide- und Probukten-Händler im Jena-Palast den Charakter einer Börse tragen oder nicht, eine Kommission, bestehend aus den Herren Stadtrath Kaempf, Justizrath Winterfeldt, Kommerzienrath Schütt und Siegfried Sobornheim, eingesetzt.

Die „Mitt. und Pol. Korresp.“ schreibt: „Aus der Umgebung des Reichstages verlautet, daß es großes Mißfallen erregt habe, wie über den Trinkspruch Seiner Majestät auf dem brandenburgischen Provinzialanlasse Berlinern hätten verbreitet werden können, die von dem durch das offizielle Telegraphenbureau verbreiteten Wortlaut wesentlich abwichen. Gegenüber der hier zu Tage getretenen Indiskretion von Mitgliedern einer Tafelrunde, als deren Ehrengast der Kaiser erschienen war, dürfte sich der letztere in Zukunft wahrheitsgemäß verhalten fühlen, einer festlichen Veranstaltung wie dieser fern zu bleiben.“

Zweimündigig Handels- und Gewerbetkammern, dazu der allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und der Zentralverband deutscher Kaufleute vertheilen die Aufforderung und Aufleitung zu einer Enquete des Klein- und Zwischenhandels in den verschiedenen Theilen des Reiches, welche entsprechende denjenigen Untersuchungen ist, die der Verein für Sozialpolitik über die Lage des Handwerks angestellt und veröffentlicht hat. Aus diesem Zweck ergibt sich zur Genüge die Art und Weise der Bearbeitung. Die bearbeitende Person oder Körperschaft wird sich in ihren Erhebungen und Untersuchungen sowohl lokal beschränken müssen, als auch sachlich, insofern es darauf ankommt, jeden einzelnen Kleinhandelszweig getrennt morphologisch zu schildern. Als solche Kleinhandelszweige kommen beispielsweise in Betracht der Kolonial-, Material- und Delikatesswaren-Handel; die Manufaktur-, Woll- und Baumwoll-, sowie Tapiserie-Geschäfte; der Handel mit Tuchen und Konfektionsartikeln; die Galanterie-, Papierwaren- und ähnliche Geschäfte; der Essenzwaren-Handel u. a. m. Neben diesen Schilderungen bestimmter Kleinhandelszweige würde es von Werth sein, eine Anzahl Monographien zu besitzen, welche je einen der Kleinhandel bedrohende, schädigende oder behebende Erscheinung unseres wirtschaftlichen Lebens in objektiver und ebenfalls möglichst auf Thatsachen sich stützender Weise beschreiben, wie z. B. Konsumvereine, die verschiedenen Formen des Wandergewerbes (über welche letztere gegenwärtig übrigens auch der Verein für Sozialpolitik Erhebungen anstellt), Versandhäuser und Waarenmagazine, Waaren- und Waren-Marktionen u. s. w., so daß also die Gesamtheit der Arbeiten in ihrem ersten Theil die Anatomie des Klein- und Zwischenhandels, in ihrem zweiten Theil die Pathologie der thatsächlichen oder angenommenen krankhaften Erscheinungen desselben bildet.

Die Unterrichtscommission empfiehlt, die Petitionen um gesetzliche Regelung der Befoldungsverhältnisse der Lehrer an Mittelschulen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Dagegen empfiehlt sie, über die Petition des Bauernvereins Nordost um gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht, soweit diese Regelung durch die Resolution zum Verbesserungsgesetz nicht erledigt ist, zur Tagesordnung überzugeben.

In dem vom Abg. Dr. Virchow im Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrage auf baldige Verlegung eines Komptabilitätsgesetzes wird der „Voll. Ztg.“ mitgeteilt: Schon oft wurde im Abgeordnetenhaus von rechtsseitiger Seite die Nothwendigkeit eines Komptabilitätsgesetzes herbeigehoben und dabei betont, daß die Oberrechnungskammer gar keine Gewalt gegenüber den Ministern habe, daß ohne ein Komptabilitätsgesetz für die Landesvertretung keine Möglichkeit existire, irgend einen Minister beizukommen, wenn er seine Pflicht verlegt habe, und daß die Etatsbeschlüsse namentlich bei schwankender und unsicherer seien, wo sie mit etwaigen Verpflichtungen der Staatsregierung gegenüber irgend welchen Personen und Institutionen in Verbindung stehen. Dies hat sich auch schon wiederholt herausgestellt, als von Gerichten die von dem Abgeordnetenhaus ausdrücklich abgelehnten Summen auf Klage der Betroffenen wiederhergestellt wurden, z. B. die Geldsumme für die Weidenmission in Afrika und für das Magdalenenstift. Der Frage des Komptabilitätsgesetzes wurde auch in der Thronrede, womit am 9. November 1892 der Landtag eröffnet worden, gedacht, indem es hieß, die gesetzliche Feststellung der Grundsätze für die Veranlagung, Führung und Kontrolle des Staatshaushalts sei wesentlich gefördert worden, aber noch nicht zum vollen Abschlusse gelangt, so daß in der bevorstehenden Tagung ein Gesetzentwurf noch nicht vorgelegt werden könne. Zum letzten Mal wurde die Frage in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Januar d. J. getreift, indem der Finanzminister Miquel bemerkte: „Vor einigen Jahren wurde das Komptabilitätsgesetz in Aussicht gestellt. Nicht Abneigung einzelner Abtheilungsminister, sondern sachliche Schwierigkeiten haben seine Verlegung bisher verhindert. Vielleicht gelingt es noch im Laufe dieser Session, aber in sichere Aussicht kann ich es nicht stellen.“

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Königsberg in Ostpreußen Karl Schulze ist schwer erkrankt. Ein Luftsturz hatte ihn dem Tode nahe gebracht, doch ist die augenblickliche Gefahr als beseitigt zu betrachten.

Vor Kurzem erwarb das Berliner Zeughaus von der Sammlung hamburgischer Alterthümer ein waffengeschichtlich und kunstgewerblich gleich wertvolles altes Geschütz. Hamburg gab von zwei gleichen Stücken eins ab, um dafür altbamburgische Waffen und Fahnen einzutauschen. Dazu hatte es sich aber, so schreibt das „Militär-Wochenblatt“, noch etwas Besonderes erbeten: zwei vollständige Kriegsausstattungen, wie sie 1870/71 von dem ruhmvollem hantelischen Infanterie-Regiment Nr. 76 geführt worden waren. Gegenstände solcher Art zu sammeln, ist eine Heuerung. Die große Handelsstadt trägt zum ersten Male Sorge, sich aus dem Kriege Anden-

ken zu sichern, die sie besonders angehen, und hiermit hat die freie Stadt ein nachahmenswerthes Beispiel gegeben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. März. In sämtlichen fünf Wahlkreisen der allgemeinen Wählerklasse in Wien sind die antisemitischen Kandidaten gewählt worden, darunter Dr. Lueger. Der Führer der Sozialdemokraten, Dr. Adler, unterlag im zweiten Wahlkreise. Aufhebungen sind bei diesen Wahlen nicht vorgekommen.

Wien, 9. März. Von den 72 Abgeordneten, welche in Oesterreich nach dem neuen Wahlgelge auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden, hat heute die Wahl von 20 Abgeordneten in Niederösterreich mit Wien, Mähren, Schlesien, Salzburg und Kärnten stattgefunden. In Wien, das 5 und dem übrigen Niederösterreich, das 4 Abgeordnete entsendet, wurden durchwegs christlich-sozialistische gewählt. In Wien, wo die Eintheilung von vornherein nur zwischen Antisemiten und Sozialdemokraten lag, vollzog sich die Wahl unter beispiellos massenhafter Theilnahme der Wähler. Von 277 000 Wahlberechtigten Wiens haben über 230 000 vom Wahrgeld Gebrauch gemacht. In mehreren Bezirken war die Niederlage der Sozialisten sehr knapp, in Kärnten und Westschlesien erlitten die Deutschnationalen die Niederlage. Die Sozialisten, welche mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf getreten, haben nur in Ostschlesien siegt, wo der Sozialist Eingre nach reiflicher Hauptwahl in der Stichwahl mit Hilfe der Liberalen gewählt worden. Da nur noch einige böhmische Wahlkreise und allenfalls Krakau sozialistisch wählen dürften, werden diese auch im neuen Reichsrath nur eine sehr kleine Minderheit bilden.

Belgien.

Brüssel, 9. März. Der Graf von Flandern, der Bruder des Königs Leopold, begiebt sich Ende März nach Berlin. Dem Besuche wird hier in Folge der möglichen kriegerischen Verwicklungen in Europa eine politische Bedeutung beigelegt.

England.

Die Engländer reden sich nach und nach in immer größerer Zahl gegen Transvaal hinein, weil der Volkswind gewaltig hat, dem Obergericht die Kontrolle über die Belegung in der Republik abzunehmen. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, wie eifrig die englische Presse bemüht ist, die schlimmsten Folgen für die inneren Zustände Transvaals aus dem „Verfassungskonflikt“ herzuleiten. Heute muß sich indes die „Times“ dazu verstehen, ein Heuter-telegramm aus Johannesburg abzugeben, in dem es kurz und bündig heißt: „Hier ereignet sich die öffentliche Meinung über den Streit zwischen der Exekutive und dem Gericht nicht im Geringsten.“ Das hindert natürlich die „Times“ nicht, an anderer Stelle des Breiten ansehnliche Anzeigen, warum Transvaals Streben, seiner Volksvertretung und Regierung die Herrschaft im eigenen Lande zu sichern, ungemein verwerflich und schädlich ist. Ob bei dem gestern gemeldeten Eingreifen Lord Chamberlains in den „Verfassungskonflikt“ Transvaals irgend etwas herauskommen wird, erscheint vorläufig recht zweifelhaft; daß sich die Doeren nichts in ihre eigenen Dinge hineinreden lassen, versteht sich von selbst, und die innere staatliche Ausgestaltung gehört doch wohl zu den „eigensten Angelegenheiten“ eines Landes. Sie werden sich auch kaum durch das Oeken der englischen Blätter irritiren lassen, von denen z. B. der „Manchester Guardian“ offen auspricht, daß Chamberlain die Tage der Doerenregierung für gezählt halte und auf den Kampf gefaßt sei; Lord Folkeles glaube, mit 20 000 Mann Transvaal erobern zu können. Sir Cecil Rhodes macht also Schule. Und erst muß man diese 20 000 Mann haben!

Arbeiterbewegung.

Die sozialdemokratische Genossenschaftsbücker in Hensburg hat den Konkurs angemeldet. Das hiesige sozialdemokratische Provinzialorgan schreibt darüber: Die Vereinsbäckerei, eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung und hauptsächlich aus Arbeitern bestehend, machte in den ersten Jahren ihres Bestehens sehr gute Geschäfte. Als dieselbe jedoch später aus einem verkehrsscheitern nach einem entlegenen Stadttheil verlegt und eine eigene Bäckerei mit sehr großem Kostenaufwande errichtet wurde, ging das Geschäft mehr und mehr zurück. Während in den ersten Jahren 5, einmal sogar 10 Prozent Dividende vertheilt wurden, gab es in den letzten Jahren gar keine. Die Fabrikate der Vereinsbäckerei liegen nichts zu wünschen übrig. — Die Genossenschaft, meistens arme Sozialdemokraten, verlieren ihre Anteile im Betrage von je zehn Mark und müssen für jeden Anteil noch 20 Mark ausgeben.

Barmen, 8. März. Die Holzarbeiter zu Barmen-Eberfeld sind heute in den Ausstand eingetreten.

23. Provinzial-Landtag von Pommern.

Stettin, 10. März.

Heute Mittag 12 Uhr fand im Sitzungssaale des Landhauses die Eröffnung des 23. Provinzial-Landtages für Pommern durch den königlichen Landtags-Kommissar Herrn Ober-Präsidenten v. Buttke am, Excellenz, mit folgender Rede statt:

Gedachte Herren! Nachdem dem Kaiser und Königs Majestät Allerhöchster Gerecht haben, den 23. Pommerschen Provinzial-Landtag auf heute zu berufen, habe ich die Ehre, Sie beim Beginn Ihrer diesmaligen Sitzungen willkommen zu heißen. Auch im verflochtenen Jahre ist Ihnen der Verlaß in werther Mitglieder nicht erspart geblieben, von denen namentlich Eins, dessen hingebende Thätigkeit und ausgezeichnete Arbeitskraft auch dem Provinzialauschusse lange Jahre zu Gute kam, für alle Zukunft von uns schmerzlich vermisst werden wird. Ihr Gedächtnis wird unter Ihnen und in der Provinz in Ehren fortleben. Die Pommersche Landwirtschaft ist in ihre Arbeit eingetreten, und hat

auf dem gesamten, ihr durch das Gesetz zugewiesenen Gebiete eine rege Wirtschaft zu entfalten begonnen. Unser Kleinbahnnetz hat auch im verflossenen Jahre Dank dem werthvollen Zusammenwirken von Staat, Provinz und Kreisen eine weitere erfreuliche Entwicklung und Ausgestaltung erfahren. Der von Ihnen beauftragte Gesetzentwurf, betreffend die Veranlagung von Fabriken und anderen gewerblichen Etablissements zu Vorausleistungen für den Wegbau ist von der kaiserlichen Staatsregierung dem Landtage der Monarchie vorgelegt worden, von beiden Häusern angenommen und steht der Verabschiedung entgegen. Ihr vorjähriger Beschluß, eine neue Trennbahnverbindung zu gründen, ist in der Ausführung begriffen. Leider hat sich bei den bezüglichen Vorberathungen, Mangels einer geeigneten Dertlichkeit die Unmöglichkeit herausgestellt, die Interessen und Bedürfnisse der Universitäts-Greifswald, so wie es zu wünschen gewesen wäre, zu berücksichtigen. Die Wahl des Provinzialausschusses ist unter Berücksichtigung aller in Betracht zu ziehenden Umstände auf die Stadt Treptow a. N. gefallen, und werden Ihnen das spezielle Bauprojekt sowie die Kostenanschläge zur Genehmigung vorgelegt werden. Mit der von Ihnen beschlossenen Bildung des Meliorations-Zinsfonds zur Unterstützung von Meliorationsverbänden durch darlehensweise Gewährung von Geldmitteln unter erleichterten Bedingungen ist ein dankenswerther Schritt zur Verbesserung der Landwirtschaft erfolgt. Der Ihnen zur Prüfung und Genehmigung zugehende Entwurf des Voranschlags für den Provinzialhaushalt für 1897-98 hat wiederum so aufgestellt werden können, daß es einer Erhöhung der Provinzialabgaben nicht bedürfen wird. Indem ich Sie, geehrte Herren, einlade, in Ihre diesmaligen Arbeiten mit bewährtem Eifer einzutreten, erlaube ich im Namen Sr. Majestät des Kaisers und Königs den 23. Provinzial-Präsidenten für die Eröffnung der Provinzial-Landtag zu eröffnen.

Herr Amtsvorsteher a. D. Wolff-Bredow als Alterspräsident brachte ein mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf Sr. Majestät des Kaisers aus und wurde sodann zur Wahl des Präsidiums geschritten. Durch Zufall wird der Wirkliche Geheim Rath Herr von Kille-Rantke zum ersten, Herr Oberbürgermeister Hagen-Stettin zum zweiten Präsidenten wiedergewählt.

Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung zu berichten, sehen wir uns leider nicht im Stande, da in dem schönen, mit allem erforderlichen Komfort ausgestatteten Sitzungssaal des Landhauses den erschienenen Vertretern der Presse nicht einmal ein Stuhlpaß, geschweige denn ein Tisch zur Aufnahme von Notizen angewiesen werden konnte. Die Tribüne, auf welcher sich früher einige, übrigens nicht gerade sehr vortheilhaft platzierte Tische befanden, war heute aus Anlaß der Eröffnungsfeier vom Publikum dicht besetzt und wurden den Journalisten Stuhlpaße in einer Ecke des Saales eingeräumt, wodurch es uns wenigstens ermöglicht worden ist, über die Eröffnung des Provinzial-Landtages zu berichten. Es wurde zwar die Zusage gegeben, daß von morgen ab Plätze für die Vertreter der Presse eingeräumt werden sollen, doch erscheint es uns nach den bisherigen Erfahrungen mehr als zweifelhaft, ob damit eine sachgemäße und zuverlässige Berichterstattung gewährleistet wird und so lange das nicht geschieht, werden wir, wenn auch mit dem lebhaftesten Bedauern, auf die Berichterstattung über die Verhandlungen des Provinzial-Landtages verzichten müssen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. März. Wie wir hören, ist es nunmehr sicher, daß Sr. Majestät der Kaiser Mitte April hierher zur Besichtigung des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. pom.) Nr. 2 hierher eintrifft; der Kaiser wird sich an demselben Tage auch nach dem „Bulkan“ in Bredow begeben, um die für die deutsche Marine auf der dortigen Werft im Bau befindlichen Kriegsschiffe in Augenschein zu nehmen. Ein bestimmter Tag ist für die Stettiner Reise noch nicht festgelegt.

Am 22. März werden aus Anlaß der Dunderthausfeier die Bureau der Reichsbank am Nachmittag geschlossen bleiben.

Die Petition wegen Ermäßigung der Fahrpreise auf der Strecke Stettin-Podejuch ist heute mit zahlreichen Unterschriften der königlichen Eisenbahn-Direktion eingereicht worden.

Den drei in Folge des Unfalls auf der „Brandenburg“ im vorigen Jahre verurtheilten Beamten des „Bulkan“, den Herren Schubert, Nicolai und Freyberg, ist, wie die „Neue Stett. Ztg.“ hört, auf dem Gnadenwege die Gefängnißstrafe in Festungshaft umgewandelt worden.

Der Finanzminister hat an die sämtlichen königlichen Regierungen, die königliche Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sowie die Herren Vorstände der Einkommensteuern-Berufungskommissionen folgenden Erlaß geschickt: In Angelegenheiten der direkten Staatssteuern werden vielfach Beschwerden seitens der Steuerpflichtigen erhoben, weil sie auf ihre bei der zuständigen Stelle angebrachten Anträge (s. B. auf Ermäßigung der Einkommensteuer) oder Redemittel nach Verlauf längerer Zeit noch keinen Bescheid erhalten haben und auch über die etwaigen sachlichen Gründe der Verzögerung — Notwendigkeit zeitraubender Ermittlungen, späterer Zusammentritt der zuständigen Kommission u. dergl. — nicht unterrichtet sind. Um vermeintlichen Beschwerden dieser Art künftig vorbeugen, ist fortan in solchen Fällen, in denen die Erledigung der Sache innerhalb einer mäßigen Frist — von etwa 6 Wochen — nach Lage der Verhältnisse nicht erwartet werden kann, dem Antragsteller in der Regel ein kurzer Vorbescheid zu ertheilen, worin er unter Hinweis auf die der Abgabe einer alsbaldigen Entscheidung entgegenstehenden Hinderungsgründe benachrichtigt wird, daß die zur Erledigung der Angelegenheit dienlichen Maßnahmen getroffen sind. Bei Benutzung zweckmäßig entworfener Formulare wird hierdurch eine nennenswerthe Mehrarbeit nicht verursacht werden. Auch die nachgeordneten Behörden sind mit entsprechender Weisung zu versehen.

Wichtig für Vereine und Gesellschaften, die Schauspielfeststellungen veranstalten, ist die folgende, von dem Straßentheater des Kammergerichts in letzter Instanz getroffene Entscheidung: Wer im Auftrage und für Rechnung eines Vereins eine Schauspielfeststellung veranstaltet, deren Ertrag in die Vereinskasse fließt, bedarf nicht der in der Gewerbeordnung vorgeschriebenen obrigkeitlichen Erlaubnis. Denn es ist nur derjenige als Schauspielfeststellung anzusehen, der die Veranstaltung von Schauspielen selbstständig d. h. auf eigene Rechnung und unter eigener Verantwortung und unter als Gewerbe, d. h. in der Absicht, daraus fortgesetzt Gewinn zu erzielen, betreibt. In einem solchen Falle ist aber zu prüfen, ob nicht der Verein selbst bezw. dessen Vorstand als Schauspielfeststellung anzusehen und zur Einholung der Erlaubnis verpflichtet ist. Es kommt dann darauf an, ob der Verein beabsichtigt hat, zu Erwerbszwecken in Zukunft eine gleichartige Thätigkeit auszuüben.

Im Monat Februar wurden in den deutschen Münzstätten für 10 044 000 Mark Doppelkronen und zwar sämtlich auf Privatrechnung, für 273 104,20 Mark Zehn-, für 434 363,10 Mark Fünffennigstücke, sowie für 8655,35 Mark Ginfennigstücke geprägt.

In Sachen der Preiserhöhung für Masinen und Paarschneiden hat der Hauptvorstand des Bundes Deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmacher-Zünfte, einen Aufruf an sämtliche Zweig-Zünfte im deutschen Reich erlassen, in dem er sie zu einem gemeinsamen einheitlichen Vorgehen in dieser Frage auffordert. Alle Zünfte sollen in ihren Anfang nächsten Monats stattfindenden Quartalsversammlungen beschließen, die Preise für Masinen auf 15, bezw. 20 Pfennige, für Paarschneiden durchschnittlich auf 40 Pfennige zu erhöhen. Auch der Zeitpunkt, von wann die Preiserhöhung Geltung erlangt, wird einheitlich geregelt werden. Besondere Ausnahmen in Rücksicht der örtlichen Verhältnisse und des Betriebes sind nicht zulässig, dagegen wird den Geschäften, die hauptsächlich auf Arbeiterkundschaft angewiesen sind, freigestellt, als Uebergangsstadium ein nur unwesentlich erhöhtes Abonnement einzurichten.

Die Verhandlungen der Direktion von Gylsum mit Herrn Dr. Kefemann wegen Übernahme des Gylsum-Theaters in der bevorstehenden Sommerzeit sind gescheitert. Das Theater wird also auch in diesem Jahre unter der Direktion des Herrn J. Goldberg verbleiben.

In den Zentralschulen findet morgen, Donnerstag, wiederum ein Nachtrauch-Abend statt, der letzte, an welchem das Ensemble in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung auftritt.

Auf der Werft von Nische u. Co. in Grabow ist heute Vormittag ein für Rechnung der Gesellschaft Jäger u. Genossen neu erbauter Schraubendampfer für Passagier- und Schleppschiffahrt glücklich vom Stapel gelaufen. Das Schiff ist 26,5 Meter lang, es wird eine Maschine von 200 indizierten Pferdekraften erhalten.

Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,50, Fllet 1,80, Vorderfleisch 1,20 Mark, Schweinefleisch: Kotelettes 1,40, Schinken 1,20, Bauch 1,20 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60, Keule 1,50, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,40, Keule 1,30, Vorderfleisch 1,10 Mark; geräucherter Speck 1,70 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger.

Ein Fleischereilehrer, der seinem Meister in Pölitz entlaufen war, wurde hier festgenommen.

Im Hause König-Albertstraße 47 wurden in einer der letzten Nächte mehrere Bodenbamben erbrochen und Bettfedern von nicht unerheblichem Werthe sowie andere Sachen gestohlen.

Der 19 Jahre alte Arbeiter Paul Karl Gustav Marquardt aus Jüllow wird von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Urkundenfälschung, Betruges und Diebstahls festgenommen.

Aus den Provinzen.

Trübsee, 9. März. Dierfeldt verstarb eine als Original bekannte Persönlichkeit, der „Karlottenblätter“ Johann Glasow. Da sich aber bald Gerüchte bildeten, daß derselbe keines natürlichen Todes gestorben, hat die Polizei eine Untersuchung eingeleitet. Ueber Glasow wird der „Straß. Ztg.“ von hier geschrieben: Welchen Beruf der Alte eigentlich hatte, weiß man nicht; er strich mit seinem Quersack und seiner Klarinette herum, spielend und tanzend von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, belustigte namentlich die Landbewohner durch seine Sprünge und verstand es so einzurichten, daß sein Lebensunterhalt und seine Lebensgenüsse kein Geld kosteten. So nährlich und einfältig der Alte sich anstellen konnte, so schlau war er. Er wußte überall seinen Vortheil wahrzunehmen und konnte Alles gebrauchen. Der alte Mann hinterläßt ein eigenes Haus und ein hübsches Baarvermögen, das in verschiedenen Sparcassen angelegt ist.

Kröstin, 9. März. Die Fringsfischererei hat in den letzten Tagen gute Erfolge erzielt. Von Penemündener Fischern wurden am Sonnabend und Sonntag je 500 Ball an Land gebracht. Einige Boote hatten über 100 Ball. Der Preis stellte sich für das Ball auf 1,90 Mark.

Regenwalde, 9. März. Dierfeldt hat sich ein Bürgerverlein begründet, dem so fort zahlreiche Mitglieder beigetreten sind. Auch der Bürgermeister Frey trat warm für die Begründung ein.

Körsin, 9. März. Für das Etatsjahr 1897-98 werden hier an Steuerzuschüssen erhoben 130 Prozent zur Einkommensteuer, 50 Prozent zur Betriebssteuer und 150 Prozent zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Belgard a. P., 9. März. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Gottlieb Levy hierher ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Kaufmann B. Simon Ammeldestr. 31. März.

Brenzau, 9. März. Auf Veranlassung des Herrn Ministers für Landwirtschaft war am 8. d. Mts. der Geheim Medizinalrath Prof. Köpfer aus Greifswald, als Vertreter des nach Indien zur Erforschung der Pestenpest gelangten Geheimraths Dr. Koch vom Reichsgesundheitsamte in Berlin mit seinem Assistenten Dr. Broch hier anwesend, um von den hier am Bahnhofe vor einigen Tagen eingetroffenen maul- und klauenfeuchtkranken Ochsen Material zur Begründung des Weizens dieser Seuche zu entnehmen. Unter Beispielen des hiesigen Kreis- thierarztes Bittroff und seines Assistenten wurden von den kranken Thieren Blut, Wässerchen, Flüssigkeit u. s. w. mit eigens dazu sterilisirten Instrumenten in ebenso behandelte Gefäße gethan und nach Berlin mitgenommen. Wie die „Brenz. Ztg.“ hört, geht Herr Geheimrath Köpfer damit um, hier im Orte geeignete Räume zu weiteren Versuchen und zur Aufstellung von Versuchsthiere einzurichten.

Gerichts-Zeitung.

Stettin, 10. März. In der Früh des 29. Januar wurde im Hause Ecke Falkenwälder- und Turnerstraße ein Einbrecher ertappt, derselbe hatte bereits mehrere Wirtschaftskeller, sowie den Wagenskeller des in dem Hause befindlichen Kolonialwaarenhandels von Karl Dübner unter Anwendung von Brecheisen und Dietrichen ge-

öffnet und verschiedene mitnehmenswerthe Sachen ausgehoben, als er gefasst wurde. Der Einbrecher flüchtete in das Hinterhaus und versteckte sich auf dem Boden, doch wurde er dort bald entdeckt und in Haft genommen, es war der Müller- geselle Alexander Dietrich, ein vielfach vorbestrafter Dieb. Heute mußte derselbe unter der Anklage des vollendeten und versuchten schweren Diebstahls im Rückfalle vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts erscheinen. Außer dem bereits geschilderten Einbruchversuch wurde Dietrich noch ein weiterer ähnlicher Diebstahl zur Last gelegt und war er nach dieser Richtung hin gefällig. In der Nacht zum 19. Januar d. J. hatte der Angeklagte in dem Hause der Wücher- und Petrihofstraße einen Wirtschaftskeller erbrochen und daraus mehrere Flaschen Wein gestohlen. Das Gericht erkannte gegen D. auf eine Zuchthausstrafe von 2 1/2 Jahren, Gehversatz für die Dauer von drei Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht, auch wurde die Einziehung des beschlagnahmten Diebeswerkzeugs verfügt.

Der Arbeiter Karl Friedr. Wilsch, 24 J., ein wegen Diebstahls vielfach vorbestrafter Mensch, kam am 1. November vorigen Jahres, jedenfalls um zu betteln, in das an der Berlinerstraße belegene Haus des Handelsmanns Teubner, dort sah er auf dem Flur einen neuen Frauenrock hängen und nahm denselben als willkommene Beute an sich. Der Diebstahl wurde bald bemerkt und M. als Thäter ermittelt, er räumte denn auch heute die That ein und wurde er mit Rücksicht auf den geringen Werth des Objektes zu einem Jahr Zuchthaus verurtheilt.

Königsberg i. Pr., 9. März. In der letzten Schwurgerichtsperiode des vergangenen Jahres wurde die Dienstmagd Rosine Franke aus Weiden, Kreis Fischhausen, wegen Mordes zum Tode verurtheilt. Die Franke hatte am 10. April vorigen Jahres ihrer Dienstherrschaft Arsenik in den Kaffee gemischt in der zu gestandenen Absicht, deren Tod herbeizuführen. Die Wittigermittlung wurde verurtheilt, deren Tochter, die Wirthschafterin Wiemann, und deren beiden Söhne Otto und Max wurden am Leben erhalten. Der damalige Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Holz, richtete nach erfolgter Verurtheilung unter Berufung der Gefährdung eines Gnadenbittens an den Kaiser. Dieser Tage ist der Bescheid ergangen, daß der Kaiser von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht und die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt hat.

Bermischte Nachrichten.

N. Breslau, 10. März. Dem „Generals-Anzeiger“ wird aus Kattowitz gemeldet: Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Vormittag auf der Falzwaht. Auf der Theilstrasse des Hohnwalderwerkes plägte ein Dampfrohr und verbrühte 14 Arbeiter theils schwer, theils leicht; einer verstarb auf dem Wege nach dem Lazareth.

Leopoldsdorf, 9. März. Durch nieder- gehende Rainsmassen im Staatsbergwerke ist eine größere Anzahl Bergleute vermisst worden. Vier wurden getödtet, vier andere erheblich verletzt.

Leipzig, 10. März. Im Austria-Schacht bei Rorbis fand eine Explosion schlagender Wetter statt, wobei 8 Bergleute theils schwer, theils leicht verwundet wurden.

Wend, 10. März. In Quarignon stürzte in Folge Bruches eines Drahtseiles der Steigerkorb in einen 300 Fuß tiefen Schacht. Drei Arbeiter blieben todt, zwei andere wurden erheblich verletzt.

(Eine lebende Mumie.) In Paris kann man gegenwärtig den „homme momie“ sehen, über den schon der Professor Graffat in Montpellier als über eine höchst seltene Erscheinung berichtet hat. Diese lebende Mumie ist achtundzwanzig Jahre alt, m. h. 1,45 Meter und wiegt nur 24 Kilogramm. Sein Wachs- thum hörte mit dem fünfzehnten Altersjahre ganz auf, aber, wie seine Mutter sagte, hatte die Anorexie schon nach zurückgelegtem zweiten Lebensjahre bei dem Kinde begonnen, das von Anfang an so fleischlos war, daß die Haut an den Knochen zu kleben schien. Das Gesicht sieht dem einer Mumie gleich. Die Haut ist wie Pergament, die dünnen Lippen vermögen die schadhafte Zähne nicht zu bedecken, der Mund bleibt offen, die Nasenflügel sind unbeweglich und die Augenlider schließen sich nicht. Der Haarwuchs ist reichlich, dagegen fehlt der Bart gänzlich. Die Arme sind hager, kaum beweglich, die Hände ganz ausgetrocknet, die Finger kleben aneinander, können jedoch bewegt werden. Die Beine gleichen denen eines Siesienläufers, die Atrophie ist vollständig. Die Hüften und die Knie funktionieren selbst, so daß die Mumie sich ohne allzu große Mühe vorwärts schieben und Kreppeu steigen kann. Der innere Organismus ist dagegen merklich weniger gut, das Herz schlägt regelmäßig, das Athmen geht ohne Noth vor sich und der kleine Nieren ist mit gesundem Appetit. Nervenstystem und Gehirn sind unversehrt, Gedächtnis und Gehör ebenfalls, die Mumie ist im Vollbesitz der geistigen Fähigkeiten, plaudert munter und ist keine Neugierde. Diese Wundererscheinung macht jetzt die Runde bei den medizinischen Versammlungen. Darüber ist vorläufig Jedermann einig, daß ihr Anblick etwas Schreckhaftes an sich hat.

Bankwesen.

Berlin, 10. März. Boden-Übersicht der Reichsbank vom 6. März 1897 (gegen 27. Februar 1897).

- Aktiva.
- 1) Metallbestand (der Bestand an koursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet M. 915 154 000, Abnahme 724 000.
 - 2) Bestand an Reichskassenscheinen M. 24 628 000, Zunahme 766 000.
 - 3) Bestand an Noten und Bank. M. 10 477 000, Zunahme 1 269 000.
 - 4) Bestand an Wechseln M. 510 262 000, Abnahme 19 284 000.
 - 5) Bestand an Lombardfordr. M. 97 877 000, Abnahme 2 347 000.
 - 6) Bestand an Effekten M. 3 802 000, Zunahme 260 000.
 - 7) Bestand an sonst. Aktiven M. 58 425 000, Abnahme 446 000.
- Passiva.
- 8) Das Grundkapital M. 120 000 000 unverändert.
 - 9) Der Reservefonds M. 30 000 000 unverändert.
 - 10) Der Betr. der umlauf. Not. M. 972 038 000, Abnahme 10 484 000.
 - 11) An sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten 466 829 000, Abnahme 10 508 000.
 - 12) An sonstigen Passiven M. 31 758 000, Zunahme 486 000.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. März. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 4 Grad Reaumur. Barometer 768 Millimeter. Wind: S.

Privat-Ermittelung.

Weizen ruhig, per 1000 Kilogramm loco 160,00 bis 162,00 bez.
Koggen unv., per 1000 Kilogramm loco 117,00 bis 119,00 G.
Hafer unverändert, per 1000 Kilogramm loco 127,00 bis 130,00 nom.
Speltis unv. per 100 Liter à 100 Prozent loco 70er 37,5 bez.
Rübsöl unverändert, per 100 Kilogramm loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 53,50 B., per März 54,50 B., per April-Mai 54,50 B.
Petroleum loco 10,00 Mark verzollt B.

Landmarkt.

Weizen 158 bis 161. Roggen 119 bis 121. Gerste —. Hafer 132—135. Heu 3—3,50. Stroh 30—35. Kartoffeln 45—48 per 24 Zentner.

Bericht. Raffinirtes Lype weiß loco 18,00 be u. B., per März 18,00 B., per April 18,25 B. per Mai —. B. Ruhig.

Paris, 9. März. Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loco 24,50 bis 24,75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 8 per 100 Kilogramm per März 25,25, per April 25,50, per Mai-August 26,25, per Oktober-Januar 27,25.

Paris, 9. März. Nachm. Getreide- markt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per März 21,35, per April 21,50, per Mai-August 22,05, per Juli-August 22,20. Koggen ruhig, per März 13,60, per Juli-August 13,50. Weizen ruhig, per März 44,45, per April 44,65, per Mai-August 45,35, per Juli-August 45,25. Rübsöl ruhig, per März 53,25, per April 53,50, per Mai-August 54,00, per September-Dezember 54,50. Spiritus ruhig, per März 32,75, per April 33,25, per Mai-August 34,00, per September-Dezember 33,50. — Wetter: Bewölkt.

Gavre, 9. März. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Weimann, Jäger & Co.) Kaffee Good average Santos per März 57,00, per Mai 57,50, per September 58,25. Unregelmäßig.

London, 9. März. An der Küste 4 Weizenabgaben angeboten.

London, 9. März. 96proz. Javazucker 11,12, ruhig. Rüben-Rohzucker loco 8 1/2, ruhig. Centrifugal-Rüben —.

London, 9. März. Chili-Kupfer 50 1/2, per drei Monate 51,25.

London, 9. März. Spanisches Blei 11 1/2, 11 Sh. 3 d. bis 11 1/2 Sh. 6 d.

Gull, 9. März. Getreidemarkt. Englischer Weizen stetig, fremder fest.

Liverpool, 9. März. Getreidemarkt. Weizen 1/2 d. niedriger, Mehl und Mais ruhig. — Wetter: Regen.

Glasgow, 9. März. Nachmittags. Roh- eisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 45 Sh. 11 d. Warrants middles borough III. 41 Sh. — d.

Petersburg, 9. März. Weizen loco 9,25, Roggen loco 5,10, Hafer loco 3,90, Lein- saat loco 9,50, Saffort loco —, Talg loco 43,00, do. per August —.

Newyork, 9. März. Abends 6 Uhr.

	9.	8.
Danmoll in Newyork	7,25	7,25
do. in Newyork	7,00	7,00
Petroleum (in Cases)	7,00	—
Standard white in Newyork	6,30	—
do. in Philadelphia	6,25	—
Pipe line Certificates	91,00	—
Schmalz Western beam	4,35	—
do. Roche and Brothers	4,65	—
Zucker Fair refining Moscovados	21 1/2	—
Weizen fest	—	—
Rother Winter loco	85,00	84,87
per März	82,50	82,37
per April	—	—
per Mai	81,00	80,87
per Juni	79,00	78,87
Kaffee Rio Nr. 7 loco	9,37	—
per April	8,80	8,85
per Juni	8,80	8,90
Mehl (Spring-Wheat clear)	8,65	8,65
Mais ruhig	—	—
per März	29,62	29,62
per Mai	30,12	30,12
per Juli	31,50	31,50
Kupfer	11,95	—
Zinn	13,45	—
Getreidefracht nach Liverpool	2,50	—

Chicago, 9. März.

	9.	8.
Weizen fest, per März	74,25	74,00
per Mai	75,25	75,00
Mais ruhig, per März	23,62	23,62
per Mai	24,25	24,00
per Juli	24,50	24,50

Wasserstand.

* Stettin, 10. März. Im Revier 1,62 Meter = 17' 11".

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 10. März. Der Einbruch, den die griechische Note auf die deutsche Regierung gemacht hat, ist, der „Nat.-Ztg.“ zufolge, ein durchaus unbefriedigender. Die Regierung ist nicht geneigt, in weitere Verhandlungen einzutreten. Rußland, Deutschland und Österreich halten unverzügliche Zwangsmaßregeln für nothwendig.

Leipzig, 10. März. Privatnachrichten zufolge haben am 7. März etwa 500 Bauern die Bewohner des Städtchens Spola, im Gouvernemente Aem, mit Freischüssen und Senen überfallen. Zahlreiche Häuser von reichen Bürgern wurden zerstört, und nahmen die Plünderung große Ausdehnung an. Das Haus eines Handelsmannes wurde dem Erdboden gleich gemacht. In anderen Häusern wurden die Kassen gestohlen; viele Personen erlitten erhebliche Verletzungen. Auf telegraphische Requisition wurde von Aem ein Militär abgesandt. Die russische Regierung hat den Mätern unterjagt, über diese Ruhestörung etwas zu berichten.

Brüssel, 10. März. Der sozialistische Abgeordnete Demblon hielt gestern in der Kammer eine heftige Rede gegen das Loskauf-System und erklärte, König Leopold sei Anhänger der persönlichen Verantwortlichkeit. Der Vorlesende bemerkte, der Redner dürfe, den neuen Kammerreglements zufolge, die Person des Königs nicht in die Debatte ziehen. Demblon erwiderte: Ich habe mich in der Vergangenheit nicht geirrt, König Leopold die Wahrheit zu sagen und werde auch in Zukunft im Namen meiner sozialistisch-republikanischen Wähler dies thun.

Paris, 10. März. „Justice“ erklärt, Quotaz mußte wegen Verletzung des Artikels 9 der Verfassung in den Anlagengarten verhaftet werden, da er das Parlament gleich einem Autokraten behandle, welcher sein Volk nicht befragt. Der Präsident der Republik selbst hätte nicht das Recht, ohne Zustimmung der Kammer einen Krieg zu erklären. Quotaz trennte heute in der Diplomatie den Willen Frankreichs in ähnlicher Weise, wie ein Kaiser seinen Herrn vertritt, wenn er mit der Krone versehen durchgeht.

London, 10. März. Eine offizielle Note erklärt, die griechische Antwort, welche gestern im Auswärtigen Amt eingetroffen ist, wird als unbefriedigend angesehen und kann die Beziehungen der Großmächte zu Griechenland nicht verbessern. Da Griechenland sich jedoch bereit erklärt hat, seine Flotte aus Aetna zurückzuziehen, so dürften die Zwangsmaßregeln, welche die Mächte ergreifen werden, nicht allzu streng sein. Die Verhandlungen werden schnell von Statten gehen. Der hiesige griechische Gesandte hatte gestern mit Lord Salisbury eine neue Unterredung, in welcher er ihm neue Vorschläge bezüglich der Beilegung des Konflikts machte.